

5062/J XX.GP

der Abgeordneten Blünegger, Ofner
und Kollegen
an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
betreffend

Einführung eines bundes - bzw. EU - einheitlichen Seniorenausweises.
Verkehrsverbünde gewähren Senioren Ermäßigungen, die an kostenpflichtige Ausweise gebunden werden. So sind bei den ÖBB zum Erhalt von Ermäßigungen ein "Halbpreis - Paß" und eine Berechtigungsmarke um 350 Schilling zu erwerben. Dieser Zustand ist kurios. Wenn schon ermäßigte Tarife für Senioren vorgesehen werden, sollten diese nicht wiederum an kostenpflichtige Ausweise gebunden werden. Von einzelnen Kommunen ausgestellte Seniorenausweise haben demgegenüber nur für eigene Verkehrsbetriebe bzw. deren Verbundzone eine Gültigkeit.
Auf europäischer Ebene hatte die EWG - Kommission den Mitgliedsstaaten mit Empfehlung Nr.89/350 vom 10. Mai 1989 nahegelegt, einen "Europäischen Seniorenausweis" einzuführen, um den älteren Mitbürgern in den Mitgliedstaaten der Union Zugang zu bestehenden Vergünstigungen im öffentlichen Verkehr und bei kulturellen Anlässen zu ermöglichen (Amtsblatt L 144/89v. 27.5.1989, S.59).

Vor dem Hintergrund einer auf europäischer Ebene seit langem geführten Diskussion und einer Empfehlung der EWG - Kommission erscheint die Einführung eines bundeseinheitlichen Seniorenausweises, nach Vorbild des Behindertenausweises, der von allen Verkehrsunternehmen für Ermäßigungen generell akzeptiert wird, in Österreich überfällig. Inhaber eines Seniorenausweises sollten Vergünstigungen erhalten, ohne jeweils verpflichtend einen gesonderten Ausweis zu beantragen. Die Senioren würden von Kosten und von Behördenwegen entlastet und es käme zu einer beträchtlicher Reduktion von Bürokratie.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen demgemäß an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales folgende

Anfrage:

1. Wie beurteilen Sie die Notwendigkeit der Einführung eines bundeseinheitlichen Seniorenausweises in Österreich, um die Senioren von Behördenwegen und Kosten zu entlasten?
2. Werden Sie sich im Sinne der Empfehlung der EWG - Kommission Nr. 89/350 vom 10. Mai 1989 für die Einführung eines "Europäischen Seniorenausweises" einsetzen, um den älteren Mitbürgern in den Mitgliedstaaten der Union Zugang zu bestehenden Vergünstigungen im öffentlichen Verkehr und bei kulturellen Anlässen zu ermöglichen? Wenn ja, welche Schritte sind geplant? Wenn nein, welche Überlegungen und Gründe stehen der Einführung eines "Europäischen Seniorenausweises" entgegen?
3. Ist die Einführung eines bundeseinheitlichen Seniorenausweises im Sinne obiger Ausführungen in Österreich geplant? Wenn ja, bis zu welchem Zeitpunkt? Wenn nein, welche Überlegungen und Gründe stehen der Einführung eines bundeseinheitlichen Seniorenausweises entgegen?